

**Gesellschaft:** DG auf der Suche nach Modellen neuer Wohnformen für Menschen mit Beeinträchtigung – Thomashuizen auf dem Prüfstand

# Integration durch familiäres Wohnen

Einrichtungen zu schaffen, die es Menschen mit geistiger Beeinträchtigung auch nach ihrem 18. Lebensjahr ermöglichen, ein Leben in familiärer Umgebung zu führen. Das ist seit vielen Jahren ein drängendes Anliegen zahlreicher betroffener Familien in der DG. Am Mittwoch wurde im PDG diskutiert, ob das niederländisch-flämische Konzept der „Thomashuizen“, das genau dies ermöglicht, auch für die DG in Frage käme.

VON KURT POTHEN

Bei der Regierungskontrolle im Parlament der DG (PDG) thematisierten Diana Stiel (Vivant) sowie Jolyn Huppertz (fraktionslos) gegenüber Gesundheitsminister Antonios Antoniadis (SP) verschiedene Aspekte des „Thomashuizen“-Konzepts, einer niederländischen Initiative zur Betreuung von Menschen mit geistiger Beeinträchtigung.

Stiel erkundigte sich nach dem Eindruck der kürzlich erfolgten Besichtigung eines solchen Hauses durch VIVA Ostbelgien, nach der Finanzierung dieser Einrichtungen und nach den Herausforderungen, die mit dem Fachkräftemangel verbunden sind. Huppertz interessierte sich für die Pläne der DG-Regierung, ähnliche Betreuungskonzepte zu unterstützen und umzusetzen. Sie hinterfragte zudem, welche Schritte unternommen werden, um den Mangel an Wohnkapazitäten für Menschen mit geistiger Beeinträchtigung zu adressieren und die Qualität der Betreuung und Unterstützung für diese Personengruppe zu verbessern.

Am 13. Januar hatte VIVA Ostbelgien einen Besuch in einem „Thomashuis“ organisiert, das zehn Erwachsene mit geistiger Beeinträchtigung in einer familiären Atmosphäre betreut. Dieses Modell wird seit 15 Jahren in den Niederlanden und auch in Flandern erfolgreich praktiziert. Die „Thomashuizen“ zielen darauf ab,



Die niederländische Königin Maxima (2.v.l.) während eines Besuchs in einem Thomashuis in Houten, Zentralniederlande. Foto: AFP

Menschen mit geistiger Beeinträchtigung ein Leben in familiärer Umgebung zu ermöglichen. Die Trennung von Bau und Betreuung der Einrichtungen ist ein spezifisches Merkmal dieses Konzepts.

Antoniadis erläuterte im Hinblick auf die Besichtigung durch VIVA Ostbelgien, dass eine abschließende Beurteilung des Projekts noch ausstehe, da der Termin erst kürzlich stattgefunden hatte. Er bat jedoch um Feedback von den anwesenden Mitarbeitern der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben (DSL). Er hob hervor, dass das „Thomashuis“-Konzept interessante Ansätze bietet, die einer weiteren Vertiefung bedürfen. Er wies darauf hin, dass ein „Thomashuis“ ähnlich wie eine Wohnressource in Ostbelgien funktioniert, jedoch auf selbstständiger Basis. Die Betreiber, oft Eheleute, von denen mindestens einer in der Pflege ausgebildet sein muss, sind rund um die Uhr für die Menschen mit Beeinträchtigung da. Die Immobilie wird dabei nicht von den Betreibern, sondern von einer Organisation verwaltet, die sie kauft und den Anforderungen entsprechend umbaut.

In Bezug auf die Finanzie-

rung erwähnte er, dass die Menschen mit Beeinträchtigung in Flandern 4.000 Euro für ihre Betreuung und Unterkunft zahlen, während die flämische Regierung, abhängig vom Unterstützungsbedarf, einen bestimmten Betrag direkt an die Betroffenen ausahlt. Dieses Finanzierungsmodell ist personenbezogen und nicht einrichtungsbezogen. Für die Kostendeckung des Projekts ist eine Mindestanzahl von acht Personen erforderlich. Die Betreiber tragen als Selbstständige das finanzielle Risiko.

Zur Frage der Umsetzbarkeit solcher Projekte in der DG äußerte sich der Minister vorsichtig, angesichts der vorliegenden Informationen. Antoniadis gab auch Einblicke in aktuelle und geplante Wohnprojekte für Menschen mit Beeinträchtigung in der DG. Er nannte das Wohnprojekt in der Klebankgasse in Eupen, getragen von der Behindertenstätt Eupen, sowie das begleitete Wohnen am Kelmiser Kirchplatz, geplant von Kathleos. In Eupen soll ab 2025 ein Wohnprojekt realisiert werden, das Vollzeit- und Kurzaufenthaltszimmer umfasst. In Kelmis entstehen Apparte-

ments für selbstständig lebende Personen mit Beeinträchtigung sowie weitere Zimmer für Personen, die rund um die Uhr Betreuung benötigen. Weitere Projekte sind in der Eifel geplant, wie der Neubau des Begleitzentrums Griesdeck in Bütgenbach und ein Wohnangebot im alten Gebäude des Hof Peters, das abgerissen und neu errichtet werden soll. Diese Projekte zielen darauf ab, angepassten Wohnraum für verschiedene Zielgruppen mit Beeinträchtigung zu schaffen.

Abschließend betonte der Minister die Bedeutung der Zuständigkeit des Wohnungsbaus für die Schaffung von angepasstem Wohnraum für Menschen mit Beeinträchtigung und die Möglichkeit für Innovationen in diesem Bereich. Die Reform des Wohnungsbaudekrets ermögliche es der Wohnungsbaugesellschaft ÖWOB oder Inclusio Ostbelgien, in Kooperation mit Selbstständigen oder VoGs Betreuungsangebote für Menschen mit Beeinträchtigung zu entwickeln. Der Minister schloss mit der Bemerkung, dass selbst ein „Thomashuis“ in der DG denkbar wäre.

Stiel schlug vor, VIVA Ostbelgien in den Ausschuss einzula-

den, um detaillierter über deren Besuch eines solchen Hauses zu berichten. Sie sprach auch Kritikpunkte an, die in den Niederlanden in Bezug auf das Konzept aufgetreten sind, insbesondere zur Finanzierung, und betonte, dass es wichtig sei, diese zu untersuchen und möglicherweise zu verbessern. Huppertz betonte die Notwendigkeit, Antworten auf die Fragen und Sorgen der Eltern von Menschen mit Beeinträchtigung zu finden: „Es ist entscheidend, dass die Betroffenen sowie die Eltern eine gewisse Form von Sicherheit haben“, so Huppertz.

José Grommes (ProDG) sprach über die Bedeutung der Betreuung von Menschen mit geistiger Beeinträchtigung und die verschiedenen Ansätze zur Lösung der damit verbundenen Herausforderungen. „Es gibt viele Ansätze, die diskutiert werden müssen“, sagte er und sprach über die Möglichkeiten, Projekte wie „Thomashuizen“ in der DG zu realisieren. Er hob hervor, dass die Organisation und das Management dieser Einrichtungen von entscheidender Bedeutung sind.

Antoniadis nannte eine Reihe von zentralen Herausforde-

rungen und Plänen im Bereich der Betreuung von Menschen mit Beeinträchtigung. „Eine der Herausforderungen besteht sicherlich in der Finanzierung solcher Projekte“. Er erklärte, dass sowohl private als auch öffentliche Mittel bereitgestellt werden, um diese zu gewährleisten. Als eine der Schwierigkeiten identifizierte er das Finden geeigneter Wohnressourcen und Fachkräfte in der Pflege. Der SP-Politiker erwähnte auch die spezifischen Anforderungen des „Thomashuizen“-Konzepts.

Für den Betrieb solcher Einrichtungen in Flandern wird angenommen, dass mindestens acht Plätze notwendig sind, damit sich das Projekt finanziell tragen kann. „Das ist eine der Prämissen“, erläuterte er. Darüber hinaus unterstrich er die Notwendigkeit, dass mindestens eine der betreuten Personen eine Ausbildung in der Pflege absolviert haben muss. Der Minister ging ebenfalls auf die Thematik der unterschiedlichen Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigung ein. Er wies darauf hin, dass der Unterstützungsbedarf sehr vielfältig sei und man nicht generell eine bestimmte Anzahl an Wohnplätzen festlegen könne, um alle Bedarfe abzudecken. Insbesondere bei Personen mit Doppeldiagnosen wäre der Betreuungsaufwand deutlich höher. „Da wird deutlich mehr Personal notwendig sein.“

Zudem thematisierte Antoniadis die zukünftige Nutzung des Standorts des Begleitzentrums Griesdeck und die Pläne für den Neubau von Betreuungseinrichtungen. Er betonte, dass sowohl für den Standort der Tagesstätte als auch für Wohnprojekte neu gebaut werde, was interessante Synergien mit einer benachbarten Schule in Bütgenbach schaffen würde. Der Minister informierte auch über das betreute Wohnen in Kelmis, wo der Abriss und der Beginn des Projekts für das laufende Jahr geplant sind. Die Regierung unterstütze dieses Vorhaben finanziell über das übliche Maß hinaus, indem sie 80 Prozent der Kosten für den Bereich der Menschen mit Beeinträchtigung übernehme.

**Leute:** Hubert Cremer (1931-2024) ist am Donnerstagmorgen im Alter von 93 Jahren im Kreise seiner Familie verstorben

## Ein Leben im Dienste seiner Heimat

Hubert Cremer, ein Name, der in der Kommunalpolitik von Crombach und St.Vith eine bedeutende Rolle spielte, ist am Donnerstagmorgen im Kreise seiner Familie im Alter von 93 Jahren verstorben. Mit dem Tod von Hubert Cremer verliert Ostbelgien einen Kommunal- und Regionalpolitiker der ersten Stunde. Seine über 30 Jahre währende politische Laufbahn zeugt von großem Engagement für die Belange seiner Gemeinde und der Region, als streitbarer Abgeordneter, Bürgermeister und Schöffe.

Der ehemalige Forstarbeiter war über 30 Jahre politisch aktiv. Seine Karriere als engagierter Politiker der CSP führte ihn vom Ratsmitglied des RDK und RDG bis zum Bürgermeister der Altgemeinde Crombach und Schöffen der Stadt St.Vith. Er trat 1970 in die kommunalpolitische Arena von Crombach ein, wo er bald darauf als Bürgermeister

fungierte. Unter seiner Führung konzentrierte sich die Altkommune auf wichtige Infrastrukturprojekte wie den Ausbau von Straßen und Feldwegen sowie die Wasserversorgung. Diese Maßnahmen, insbesondere die Erschließung der Quelfassung im Rodter Venn, hatten auch Einfluss auf die Gemeinde St.Vith.

Nach der Fusion der Gemeinden im Jahre 1977 wurde Hubert Cremer in St.Vith als erster Schöffe tätig. Hierbei lag sein Schwerpunkt auf dem Bauwesen. Er spielte eine zentrale Rolle bei der Koordinierung der Verwaltung und der Errichtung des neuen Rathauses. Die Integration der verschiedenen Gemeindedienste und die Errichtung des St.Vither Sportzentrums waren nur einige der Herausforderungen, denen er sich stellte.

Der CSP-Politiker war ebenso maßgeblich am Aufbau des Fuhrparks der Stadtgemeinde

beteiligt, der schließlich in einer von der Gemeinde erworbenen Halle der Brauerei Diekirch im St.Vither Gewerbegebiet untergebracht wurde. Seine Arbeit zeichnete sich

durch die Bemühungen aus, „sowohl städtische als auch ländliche Bereiche gleichmäßig zu entwickeln, ohne Investitionen gegeneinander aufzurechnen“, wie er gegenüber

dem GrenzEcho 2001 in einem Gespräch mitteilte. In den 1980er Jahren musste Hubert Cremer eine Zeit in der Opposition verbringen, kehrte aber 1989 durch eine Koaliti-

on mit der Liste Dries in die Mehrheitsverantwortung zurück und übernahm erneut das Amt des Bauschöffen. In dieser Zeit wurden der Ausbau von Straßen und die Erschließung des ehemaligen Bahnhofsgeländes in St.Vith umgesetzt. Besonders hervorzuheben ist seine Rolle bei der Realisierung der St.Vither Umgehungsstraße, ein Projekt, das die Neugestaltung der Stadtdurchfahrt ermöglichte. In den letzten sechs Jahren seiner politischen Karriere war Cremer erneut in der Opposition. 2001 trat Hubert Cremer, der stets die Bedeutung der Kommunalpolitik hervorhob, zugunsten jüngerer Kandidaten zurück. Seinen Nachfolgern stand er bis ins hohe Alter beratend zur Seite. (kupo)



Hubert Cremer liest 2020 aus dem Buch „Marcel Cremer und die AGORA“.

Foto: privat

Weitere Informationen gibt es in einer späteren Ausgabe des GrenzEcho.